

## Antwort

des Ministeriums der Finanzen

auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
– Drucksache 15/328 –

### Haushaltslage und Haushaltsentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz

Die Große Anfrage vom 28. September 2006 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch sind zum Jahresende 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 die Schulden am Kreditmarkt des Landeshaushaltes (Kernhaushalt), der Landesbetriebe, der Mainzer Universitätskliniken zur Finanzierung des Landesanteils der Investitionen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, die Schulden des Landes für die private Vorfinanzierung von Landesstraßen, Wasseranlagen und Hochbauten?
2. Welche Verschuldung des Landes je Einwohner ergibt sich daraus?
3. Wie hoch sind zum Jahresende 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 die Kredite, die die „plp-Management GmbH & Co KG“ zum Kauf oder im Rahmen der Aktivierung von Landesvermögen aufgenommen hat?
4. Wie hoch sind im Jahr 2005 und voraussichtlich im Jahr 2006 die Zinszahlungen, die die „plp-Management GmbH & Co KG“ leisten muss?
5. Wie hoch sind zum Jahresende 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 die Kredite zur Finanzierung von Krankenhausbauten, die aus dem Landeshaushalt zu verzinsen und zu tilgen sind?
6. Wie hoch sind im Jahr 2005 und voraussichtlich im Jahr 2006 die Zinszahlungen, die aus den Krediten am Kreditmarkt für den Landeshaushalt (Kernhaushalt), für die private Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen, für die Kredite der Mainzer Universitätsklinik zu leisten sind, sowie die Zinszahlungen der Landesbetriebe für deren Kredite am Kreditmarkt?
7. Wie hoch ist der Anteil aller dieser Zinszahlungen an den Steuereinnahmen des Landeshaushaltes, inklusive und ohne Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, an den bereinigten Gesamteinnahmen und den bereinigten Gesamtausgaben in den Jahren 2005 und 2006?
8. Wie hoch ist in den Jahren 1991, 1995, 2000, 2005 und voraussichtlich im Jahr 2006 der durchschnittliche Zinssatz für die Kredite am Kreditmarkt des Landeshaushaltes (Kernhaushalt)?
9. Welchen Anteil an den Steuereinnahmen, inklusive LFA und Bundesergänzungszuweisungen, und an den bereinigten Gesamtausgaben sollten nach Auffassung der Landesregierung die Zinszahlungen des Kernhaushaltes sowie die aus dem Kernhaushalt zu finanzierenden Zinszahlungen aus der privaten Vorfinanzierung, der Landesbetriebe und der Universitätsklinik nicht überschreiten, um den Haushalt des Landes ausreichend gestaltbar zu halten?
10. Welche jährlichen Einnahmeverluste oder ggf. Zahlungsverpflichtungen des Kernhaushaltes ergeben sich aus den seit dem Jahr 2003 bis zum voraussichtlichen Ist 2006 vollzogenen Vermögensverkäufen und Vermögensaktivierungen?
11. Wie hoch ist zum Jahresende 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 die Vorbelastung künftiger Haushalte
  - aus Verpflichtungsermächtigungen, die in Anspruch genommen wurden,
  - aus verbindlichen Vorabzusagen für Bewilligungen (Bewilligungen und Vorabzusagen für Bewilligungen gegliedert nach Haushaltstiteln),

- aus Zinszahlungen für die Kredite des Kernhaushaltes, der Landesbetriebe, der Universitätsklinik, der privaten Vorfinanzierungen?
- 12. Wie hoch ist zum Jahresende 1991, 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 das Vermögen des Landes aus Forderungen an staatliche und sonstige öffentliche Institutionen und an Private, an Beteiligungen, Immobilien und an sonstigem Vermögen (jeweils aufgliedert)?
- 13. In welchem Umfang wurde seit 1991 Vermögen des Landes veräußert oder aktiviert (nach Jahren aufgeteilt)?
- 14. In welchem Umfang hat der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) seit seiner Gründung bis voraussichtlich 2006 jährlich Immobilien des Landes veräußert?
- 15. In welcher Höhe hat der LBB in den gleichen Jahren jährliche Investitionsausgaben getätigt?
- 16. In welchem Umfang und für welche Zwecke beabsichtigt die Landesregierung die Veräußerung von Landesvermögen ab dem Jahr 2007?
- 17. Welche Einnahmen und welche Ausgaben entstanden für den Landeshaushalt seit 2005 und voraussichtlich 2006 (Soll) aus den Beteiligungen und dem Kreditvermögen des Landes?
- 18. Welche jährlichen Ausgaben wurden seit 1991 bis 2006 (Soll) durch Stiftungen mit Beteiligung des Landes aus deren Kapital oder Kapitalerträgen zur Förderung von Kultur, Sozialem, Wissenschaft und Forschung und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz getätigt?
- 19. Welche jährlichen Ausgaben tätigt seit ihrer Gründung die Investitions- und Strukturbank des Landes (ISB) aus den Erträgen oder der Substanz ihres Kapitals (aufgegliedert nach Verwendungszwecken)?
- 20. Wie viele Personalstellen und welche entsprechenden Personalkostenansätze (zum Zeitpunkt der Ausgliederung) wurden seit 1991 im Zuge von Ausgliederungen von Teilen der Verwaltung in Landesbetriebe, Anstalten oder rechtlich selbstständige Einrichtungen jeglicher Art im Kernhaushalt nicht mehr veranschlagt?
- 21. In welcher Höhe wurden seit 1991 Investitionsausgaben, allgemeine Verwaltungskosten oder Ausgaben für Zuwendungen (zum Zeitpunkt der Ausgliederung) aus dem Kernhaushalt in Landesbetriebe, Anstalten oder rechtlich selbstständige Einrichtungen ausgelagert?
- 22. In welchem Umfang veränderten sich in den Jahren 2005 und 2006 (Soll) die im Kernhaushalt veranschlagten Einnahmen und die Ausgaben durch die Einrichtung eines Globalhaushaltes der Universität?
- 23. In welchem Umfang verändern sich nach dem Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2007 und 2008 die im Kernhaushalt veranschlagten Einnahmen und Ausgaben durch die angekündigte Einrichtung von Globalhaushalten für alle Hochschulen des Landes?
- 24. Wie entwickelte sich die Investitionsquote des Landeshaushaltes von 1991 bis 2006 (Soll) mit und ohne die Investitionen der Landesbetriebe?
- 25. Wie hoch waren die Steuereinnahmen des Landeshaushaltes je Einwohner ohne und mit Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen im Vergleich zu den anderen Flächenländern in den Jahren von 1991 bis 2005 und 2006 (Soll)?
- 26. Wie entwickelten sich von 1991 bis 2006 (Soll) die nichtsteuerlichen Einnahmen des Landes mit gesonderter Ausweisung der Einnahmen aus Vermögensveräußerungen?
- 27. Wie entwickelten sich die zweckgebundenen Zuweisungen an das Land jährlich seit 1991 bis 2006 (Soll) durch den Bund, durch die Europäische Union und andere Stellen?
- 28. Wie entwickelten sich im gleichen Zeitraum die für die Inanspruchnahme der zweckgebundenen Zuweisungen erforderlichen Landesergänzungsmittel bei Mischfinanzierungen und ihr Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben?
- 29. Wie hoch sind 2005 und voraussichtlich 2006 die genannten zweckgebundenen Zuweisungen im Verhältnis zu den Steuereinnahmen, inklusive Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen?
- 30. Welche Ausgaben des Landeshaushaltes wurden seit 1991 von den originären Landesmitteln auf die Haushaltstitel im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) übertragen?
- 31. Wie entwickelten sich die Nettozahlungen (nach Abzug von Erstattungen) aus dem Landeshaushalt nach Bundessozialhilfegesetz, für Wohngeld, für Landesblindengeld und für die Kosten bzw. Kostenerstattungen, die aus der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern fällig wurden, von 2000 bis 2005 bzw. 2006 (Soll)?
- 32. Welcher Anteil der Steuereinnahmen inklusive LFA und BEZ ergibt sich aus diesen Zahlungen?
- 33. Wie entwickelten sich die Investitionsausgaben des Landes für die Bereiche Verkehrswege und Verkehrsanlagen, Schulen, Hochschule und Wissenschaft, Förderung der Wirtschaft, Umweltschutz und Polizei von 1991 bis 2005 und 2006 (Soll)?

34. Wie entwickelten sich die gesamten Ausgaben des Landes für die in der vorgenannten Frage genannten Bereiche?
35. Wie entwickelte sich die Zahl der Landesbediensteten in der Staatskanzlei und in den Ministerien des Landes seit 1991 bis 2006 (Stand zum Zeitpunkt der Beantwortung, gegliedert nach Ressorts)?
36. Welche Ausgaben des Landeshaushaltes entfielen in den Jahren 1991, 1995 sowie 2000 bis 2006 (Soll) auf Presse- und Öffentlichkeitsarbeit?
37. Wie entwickelte sich seit 1991 bis voraussichtlich 2006 die Höhe der Haushaltsreste?
38. Welches sind für das Haushaltsjahr 2005 die fünf Titel mit den größten Haushaltsresten?
39. Mit welchen Ursachen ist die Entwicklung der Haushaltsreste, besonders bei den umfangreichsten Titeln, im Wesentlichen zu erklären?
40. Woraus setzen sich die laufenden Einnahmen und die laufenden Ausgaben des Landeshaushaltes im Einzelnen zusammen?
41. In welchen Jahren inklusive 2006 (Soll) und in welcher Höhe übersteigen seit 1991 die laufenden Ausgaben die laufenden Einnahmen?
42. Wie ist das Verhältnis von laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben im Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2007/2008?
43. In welchen Jahren von 1991 bis 2006 (voraussichtliches Ist) überstieg um welchen Betrag die jeweilige Neuverschuldung (mit und ohne Landesbetriebe) im Ist die Summe der eigenfinanzierten Investitionen?
44. In welchem Umfang wurden in den Jahren 1991 bis 2006 Darlehen und Kredite, die das Land ausreicht, als Investitionen veranschlagt?
45. Welche zusätzliche Vorbelastung künftiger Haushalte durch steigende Pensionsleistungen für Landesbeamte im Ruhestand prognostiziert die Landesregierung für die kommenden zehn Jahre?
46. Wie hoch ist zum Stand Ende 2005 und voraussichtlich 2006 das Vermögen des Pensionsfonds?
47. Wie hoch sind in 2005 und voraussichtlich in 2006 die Zuführungen aus dem Landeshaushalt und die Zinszahlungen des Landes an den Pensionsfonds?
48. Woraus setzt sich 2005 und voraussichtlich 2006 das Vermögen des Pensionsfonds zusammen?
49. Wie werden sich die Einzahlungen in den Pensionsfonds und das Vermögen des Pensionsfonds bis zum Jahr 2030 voraussichtlich entwickeln?
50. Ab wann und in welcher Höhe soll der Landeshaushalt zur Finanzierung der Pensionsleistungen nach Auffassung der Landesregierung bzw. nach geltenden Regelungen durch Einnahmen aus dem Pensionsfonds verstärkt werden?
51. Wird der Pensionsfonds dann die Mittel für seine Zahlungen an den Landeshaushalt aus laufenden Zinseinnahmen, aus laufenden Zuführungen aus dem Landeshaushalt oder auch aus dem Verkauf oder der Aktivierung seines Vermögens aufbringen?
52. Welche Zinserträge erzielte der Pensionsfonds in den Jahren 2005 und voraussichtlich 2006 aus der Anlage seines Vermögens aus den Zuwendungen des Landes?
53. Wie hoch waren im Jahr 2005 und voraussichtlich 2006 die Zinszahlungen, die das Land für die Kreditsumme leistete, die seinen bisherigen Zahlungen an den Pensionsfonds entspricht?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 10. November 2006 – wie folgt beantwortet:

1. *Wie hoch sind zum Jahresende 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 die Schulden am Kreditmarkt des Landeshaushaltes (Kernhaushalt), der Landesbetriebe, der Mainzer Universitätskliniken zur Finanzierung des Landesanteils der Investitionen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, die Schulden des Landes für die private Vorfinanzierung von Landesstraßen, Wasseranlagen und Hochbauten?*
2. *Welche Verschuldung des Landes je Einwohner ergibt sich daraus?*

	2005		2006	
	Mio. EUR	EUR/Einw.	Mio. EUR	EUR/Einw.
Kreditmarktschulden (Kernhaushalt)	24 638	6 069	25 317	6 236
im Kernhaushalt gegenüber dem Pensionsfonds	130	32	276	68
LSV	668	165	827	204
LBB	122	30	159	39
Klinikum Johannes Gutenberg-Universität	65	16	91	22
private Vorfinanzierung	207	51	198	49

3. *Wie hoch sind zum Jahresende 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 die Kredite, die die „plp-Management GmbH & Co KG“ zum Kauf oder im Rahmen der Aktivierung von Landesvermögen aufgenommen hat?*

Sowohl zum 31. Dezember 2005 als auch voraussichtlich zum 31. Dezember 2006 wird die PLP-Management GmbH & Co. KG über ein positives Eigenkapital verfügen. In der Bilanz zum 31. Dezember 2005 sind dabei Kredite in Höhe von 402,4 Mio. EUR ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2006 wird voraussichtlich ein Kreditbestand von 604,3 Mio. EUR vorhanden sein.

4. *Wie hoch sind im Jahr 2005 und voraussichtlich im Jahr 2006 die Zinszahlungen, die die „plp-Management GmbH & Co KG“ leisten muss?*

Die Zinsaufwendungen belaufen sich in 2005 auf 20,2 Mio. EUR und in 2006 voraussichtlich auf 44,9 Mio. EUR.

5. *Wie hoch sind zum Jahresende 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 die Kredite zur Finanzierung von Krankenhausbauten, die aus dem Landeshaushalt zu verzinsen und zu tilgen sind?*

Zum Jahresende 2005 bestand im Bereich der Krankenhausfinanzierung eine Kapitalrestschuld von 240,6 Mio. EUR; für das Jahresende 2006 wird mit einer voraussichtlichen Kapitalrestschuld von 235,4 Mio. EUR gerechnet.

6. *Wie hoch sind im Jahr 2005 und voraussichtlich im Jahr 2006 die Zinszahlungen, die aus den Krediten am Kreditmarkt für den Landeshaushalt (Kernhaushalt), für die private Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen, für die Kredite der Mainzer Universitätsklinik zu leisten sind, sowie die Zinszahlungen der Landesbetriebe für deren Kredite am Kreditmarkt?*

	Ist 2005 Mio. EUR	Ansatz 2006 Mio. EUR
Kernhaushalt	1 069,5	1 094,5
Landesbetrieb Straßen und Verkehr (LSV)	18,9	23,6
Mietkauf von Straßen (Mogendorfer Modell)	7,0	7,8
Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB)	4,4	4,8
Klinikum Johannes Gutenberg-Universität	0,9	1,0
Mietkauf von Deichen	1,5	1,7
<b>Summe</b>	<b>1 102,2</b>	<b>1 133,4</b>

7. Wie hoch ist der Anteil aller dieser Zinszahlungen an den Steuereinnahmen des Landeshaushaltes, inklusive und ohne Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, an den bereinigten Gesamteinnahmen und den bereinigten Gesamtausgaben in den Jahren 2005 und 2006?

	endgültiges Ist 2005 Mio. EUR	Anteil der Zinszahlungen in 2005 v. H.	Ansatz 2006 Mio. EUR	Anteil der Zinszahlungen in 2006 v. H.
Zinszahlungen	1 102,2		1 133,4	
Steuereinnahmen ohne LFA und BEZ	7 169,0	15,4	7 582,3	14,9
Steuereinnahmen inkl. LFA und BEZ	7 664,8	14,4	8 074,5	14,0
bereinigte Gesamteinnahmen	10 428,2	10,6	10 899,4	10,4
bereinigte Gesamtausgaben	11 469,6	9,6	11 768,9	9,6

8. Wie hoch ist in den Jahren 1991, 1995, 2000, 2005 und voraussichtlich im Jahr 2006 der durchschnittliche Zinssatz für die Kredite am Kreditmarkt des Landeshaushaltes (Kernhaushalt)?

Für den Kernhaushalt hat sich der durchschnittliche Zinssatz für Kredite am Kreditmarkt wie folgt entwickelt (in v. H.):

1991	1995	2000	2005	2006
7,37	6,43	5,61	4,60	4,42 (voraussichtlich)

9. Welchen Anteil an den Steuereinnahmen, inklusive LFA und Bundesergänzungszuweisungen, und an den bereinigten Gesamtausgaben sollten nach Auffassung der Landesregierung die Zinszahlungen des Kernhaushaltes sowie die aus dem Kernhaushalt zu finanzierenden Zinszahlungen aus der privaten Vorfinanzierung, der Landesbetriebe und der Universitätsklinik nicht überschreiten, um den Haushalt des Landes ausreichend gestaltbar zu halten?

Die Höhe der Zinsausgaben an unterschiedlichen Quoten festzumachen und gegebenenfalls festzuschreiben, um einen Haushalt als noch gestaltbar zu bezeichnen, wäre rein theoretisch und auf eine von mehreren Komponenten verengt. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren durch verstärkte Schwerpunktbildung den Landeshaushalt gestaltet. Wünschenswert wäre natürlich eine möglichst niedrige Quote. Zinsausgaben als Quote der Gesamtausgaben kann auch fehlinterpretiert werden: Bei sehr niedrigem Ausgabewachstum steigt die Quote gegebenenfalls, obwohl niedriges Ausgabewachstum Ergebnis von Konsolidierungsmaßnahmen ist.

10. Welche jährlichen Einnahmeverluste oder ggf. Zahlungsverpflichtungen des Kernhaushaltes ergeben sich aus den seit dem Jahr 2003 bis zum voraussichtlichen Ist 2006 vollzogenen Vermögensverkäufen und Vermögensaktivierungen?

Jahr	Einnahmeverluste Mio. EUR	Zahlungsverpflichtungen Mio. EUR
2003	0,0	2,0
2004	46,3	16,2
2005	59,2	23,0
2006 (Ansatz)	50,0	13,2

11. Wie hoch ist zum Jahresende 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 die Vorbelastung künftiger Haushalte
- aus Verpflichtungsermächtigungen, die in Anspruch genommen wurden,
  - aus verbindlichen Vorabzusagen für Bewilligungen (Bewilligungen und Vorabzusagen für Bewilligungen gegliedert nach Haushaltstiteln),
  - aus Zinszahlungen für die Kredite des Kernhaushaltes, der Landesbetriebe, der Universitätsklinik, der privaten Vorfinanzierungen?

Das Volumen der in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen betrug zum 31. Dezember 2005 2 000,7 Mio. EUR und wird zum 31. Dezember 2006 voraussichtlich 1 946,5 Mio. EUR betragen.

Verbindliche Vorabzusagen für Bewilligungen sind bei Kapitel 20 06 – Zuweisungen an Gebietskörperschaften – Titel 883 08 – Zuweisungen aus dem Investitionsstock – zum 31. Dezember 2005 in Höhe von 2,5 Mio. EUR und zum 31. Dezember 2006 in Höhe von 7,5 Mio. EUR gegeben.

Die Vorbelastung künftiger Haushalte aus Zinszahlungen ergibt sich aus der Antwort zu Frage Nr. 6.

12. Wie hoch ist zum Jahresende 1991, 2005 und voraussichtlich zum Jahresende 2006 das Vermögen des Landes aus Forderungen an staatliche und sonstige öffentliche Institutionen und an Private, an Beteiligungen, Immobilien und an sonstigem Vermögen (jeweils aufgegliedert)?

Landesvermögen				
	Geldforderungen Mio. EUR	Beteiligungen Mio. EUR	Immobilien Mio. EUR	sonstiges Vermögen Mio. EUR
1991	2 630,1	188,3	noch nicht bilanziert	6,1 <sup>1)</sup>
2005	3 214,8	257,2	5 316,5 <sup>2)</sup>	2 996,7 <sup>3)</sup>
2006 (vorläufig)	3 382,7	257,2	5 326,9 <sup>2)</sup>	3 217,3

1) 1991 lediglich Rücklagen.  
2) Bilanziertes Grundvermögen der Landesbetriebe „Liegenschafts- und Baubetreuung“ und „Straßen und Verkehr“.  
3) Hinzugekommen sind ab 1996 der Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung, ab 1998 Landesbetriebe und ab 2003 das Versteigerungsdarlehen an die Kommunen.

13. In welchem Umfang wurde seit 1991 Vermögen des Landes veräußert oder aktiviert (nach Jahren aufgeteilt)?

Jahr	Vermögenserlöse (OGr. 13) Mio. EUR	Aktivierung von Vermögen Mio. EUR
1991	11	
1992	10	
1993	8	
1994	13	
1995	14	
1996	113	
1997	109	
1998	87	
1999	7	
2000	31	
2001	84	
2002	24	
2003	257	
2004	260	
2005	182	559
2006	139	484

14. In welchem Umfang hat der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) seit seiner Gründung bis voraussichtlich 2006 jährlich Immobilien des Landes veräußert?

Seit seiner Gründung bis voraussichtlich 2006 hat der Landesbetrieb LBB in folgendem Umfang jährlich Immobilien veräußert:

Jahr	Mio. EUR
1998	6,5
1999	10,9
2000	5,3
2001	18,4
2002	3,6
2003	2,8
2004	8,0
2005	8,6
2006	5,1 (geschätzt)
<b>Summe</b>	<b>69,2</b>

## 15. In welcher Höhe hat der LBB in den gleichen Jahren jährliche Investitionsausgaben getätigt?

Seit seiner Gründung bis voraussichtlich 2006 hat der Landesbetrieb LBB in folgendem Umfang Investitionsausgaben getätigt:

Jahr	Mio. EUR
1998	77,5
1999	62,1
2000	70,5
2001	66,6
2002	57,0
2003	64,5
2004	68,6
2005	61,6
2006	66,7 (geschätzt)
<b>Summe</b>	<b>595,1</b>

## 16. In welchem Umfang und für welche Zwecke beabsichtigt die Landesregierung die Veräußerung von Landesvermögen ab dem Jahr 2007?

Jahr	Veräußerung Mio. EUR
2007	298,1
2008	274,2
2009	200,0
2010	100,0
2011	0,0

Wie in der Finanzplanung dargestellt, beabsichtigt die Landesregierung die Veräußerung von Landesvermögen in der oben genannten Höhe. Die Erlöse sind (anteilig) zur Deckung aller Ausgaben vorgesehen; eine Zweckbindung besteht nicht.

## 17. Welche Einnahmen und welche Ausgaben entstanden für den Landeshaushalt seit 2005 und voraussichtlich 2006 (Soll) aus den Beteiligungen und dem Kreditvermögen des Landes?

Die Einnahmen beliefen sich auf 1 524,7 Mio. EUR, die Ausgaben auf 541,5 Mio. EUR.

## 18. Welche jährlichen Ausgaben wurden seit 1991 bis 2006 (Soll) durch Stiftungen mit Beteiligung des Landes aus deren Kapital oder Kapitalerträgen zur Förderung von Kultur, Sozialem, Wissenschaft und Forschung und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz getätigt?

Jährliche Ausgaben	
Jahr	EUR
1991	2 443 805
1992	5 735 500
1993	7 152 031
1994	13 414 240
1995	18 748 783
1996	19 533 171
1997	23 514 711
1998	20 571 712
1999	19 556 573
2000	20 127 256
2001	18 266 904
2002	16 804 416
2003	15 836 396
2004	14 478 937
2005	14 146 376
2006	15 117 120

19. Welche jährlichen Ausgaben tätigt seit ihrer Gründung die Investitions- und Strukturbank des Landes (ISB) aus den Erträgen oder der Substanz ihres Kapitals (aufgegliedert nach Verwendungszwecken)?

Eine direkte Zuordnung von Erträgen zu bestimmten Ausgaben bzw. Verwendungszwecken kann nicht hergestellt werden, da alle Erträge – neben anderen Einnahmepositionen – der Deckung der gesamten Ausgaben der ISB dienen. Seit Gründung der ISB wurde ihr Kapital aufgestockt. Auf die Anlage 1 wird Bezug genommen.

20. Wie viele Personalstellen und welche entsprechenden Personalkostenansätze (zum Zeitpunkt der Ausgliederung) wurden seit 1991 im Zuge von Ausgliederungen von Teilen der Verwaltung in Landesbetriebe, Anstalten oder rechtlich selbstständige Einrichtungen jeglicher Art im Kernhaushalt nicht mehr veranschlagt?

Siehe Anlage 2.

21. In welcher Höhe wurden seit 1991 Investitionsausgaben, allgemeine Verwaltungskosten oder Ausgaben für Zuwendungen (zum Zeitpunkt der Ausgliederung) aus dem Kernhaushalt in Landesbetriebe, Anstalten oder rechtlich selbstständige Einrichtungen ausgelagert?

Siehe Anlage 2.

22. In welchem Umfang veränderten sich in den Jahren 2005 und 2006 (Soll) die im Kernhaushalt veranschlagten Einnahmen und die Ausgaben durch die Einrichtung eines Globalhaushaltes der Universität?

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz wurde ab 1. Januar 2005 aus dem Landeshaushalt ausgegliedert und im Einzelplan 15 durch einen Globalhaushalt bei Kapitel 15 05 abgebildet, in dem die Stellenpläne erhalten geblieben und bestimmte Zuführungstitel der Hauptgruppen 6 und 8 bereitgestellt worden sind. Damit erscheinen ab diesem Zeitpunkt so genannte durchlaufende Posten (insbesondere Studentenbeiträge und Drittmittel) nicht mehr im Landeshaushalt. Hierdurch reduzierten sich Einnahmen und Ausgaben um jährlich rd. 50,8 Mio. EUR. Gleichzeitig wurde die Zuschussgewährung an die Universität auf eine nachschüssige Zahlung in der Weise umgestellt, dass im Jahr 2005  $^{10}/_{12}$  und im Jahr 2006  $^9/_{12}$  eines vollen Jahresbetrages ausgezahlt wurden und der Restbetrag im Folgejahr geleistet wird. Dieser Betrag beläuft sich für 2005 auf 28,4 Mio. EUR ( $^2/_{12}$  in 2006 zu zahlen) und für 2006 auf 43,0 Mio. EUR ( $^3/_{12}$  in 2007 zu zahlen).

23. In welchem Umfang verändern sich nach dem Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2007 und 2008 die im Kernhaushalt veranschlagten Einnahmen und Ausgaben durch die angekündigte Einrichtung von Globalhaushalten für alle Hochschulen des Landes?

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 ist vorgesehen, die Technische Universität Kaiserslautern, die Universität Trier sowie die Fachhochschulen Kaiserslautern und Mainz auszugliedern und durch einen Globalhaushalt darzustellen. Die anderen Hochschulen des Landes werden wie bisher im Landeshaushalt geführt. Ab dem 1. Januar 2007 erscheinen damit für insgesamt fünf rheinland-pfälzische Hochschulen die so genannten durchlaufenden Posten (insbesondere Studentenbeiträge und Drittmittel) nicht mehr im Kernhaushalt. Bezogen auf die vier Neuausgliederungen werden jährlich insgesamt rd. 46,1 Mio. EUR einnahme- und ausgabe-seitig nicht mehr im Landeshaushalt abgebildet. Gleichzeitig wird die Zuschussgewährung in Anlehnung an die Regelung mit der Universität Mainz ebenfalls auf eine nachschüssige Zahlung umgestellt, so dass im Jahr 2007  $^{11}/_{12}$  und in 2008  $^9/_{12}$  eines vollen Jahresbetrages als Zuschuss an die vier ausgelagerten Hochschulen ausgezahlt werden. Der somit im jeweils folgenden Haushaltsjahr zu zahlende Restbetrag beläuft sich insgesamt auf 13,5 Mio. EUR für 2007 (in 2008 zu zahlen) und 40,6 Mio. EUR für 2008 (in 2009 zu zahlen).

24. Wie entwickelte sich die Investitionsquote des Landeshaushaltes von 1991 bis 2006 (Soll) mit und ohne die Investitionen der Landesbetriebe?

Bis zum Jahr 1999 gab es keine signifikanten Veränderungen der Investitionsquoten durch die Gründung von Landesbetrieben. Ab dem Jahr 1999 stellen sich die Investitionsquoten wie folgt dar:

Jahr	Investitionsquote Kernhaushalt v. H.	Investitionsquote inkl. Landesbetriebe v. H.
1999	12,3	13,0
2000	12,6	13,4
2001	11,9	12,6
2002	9,8	11,9
2003	10,3	12,3
2004	11,1	12,8
2005	11,1	12,9
2006 (Ansatz)	10,5	12,1

25. *Wie hoch waren die Steuereinnahmen des Landeshaushaltes je Einwohner ohne und mit Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen im Vergleich zu den anderen Flächenländern in den Jahren von 1991 bis 2005 und 2006 (Soll)?*

Siehe Anlage 3.

26. *Wie entwickelten sich von 1991 bis 2006 (Soll) die nichtsteuerlichen Einnahmen des Landes mit gesonderter Ausweisung der Einnahmen aus Vermögensveräußerungen?*

Jahr	nichtsteuerliche Einnahmen Mio. EUR	davon Vermögenserlöse (OGr. 13) Mio. EUR
1991	1 869	11
1992	1 934	10
1993	2 041	8
1994	2 043	13
1995	2 134	14
1996	2 413	113
1997	2 373	109
1998	2 324	87
1999	2 250	7
2000	2 247	31
2001	2 388	84
2002	2 278	24
2003	2 593	257
2004	2 597	260
2005	2 763	182
2006	2 825	139

27. *Wie entwickelten sich die zweckgebundenen Zuweisungen an das Land jährlich seit 1991 bis 2006 (Soll) durch den Bund, durch die Europäische Union und andere Stellen?*

Siehe Anlage 4.

28. *Wie entwickelten sich im gleichen Zeitraum die für die Inanspruchnahme der zweckgebundenen Zuweisungen erforderlichen Landesergänzungsmittel bei Mischfinanzierungen und ihr Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben?*

Siehe Anlage 5.

29. *Wie hoch sind 2005 und voraussichtlich 2006 die genannten zweckgebundenen Zuweisungen im Verhältnis zu den Steuereinnahmen, inklusive Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen?*

Siehe Anlage 4.

30. *Welche Ausgaben des Landeshaushaltes wurden seit 1991 von den originären Landesmitteln auf die Haushaltstitel im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) übertragen?*

Es wird Bezug genommen auf die Antwort zur Frage 25 der Großen Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Haushaltslage und Haushaltsentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz (Landtagsdrucksache 14/3436 vom 24. September 2004).

Seit 2004 wurden keine weiteren Befragungen mehr vorgenommen.

31. *Wie entwickelten sich die Nettozahlungen (nach Abzug von Erstattungen) aus dem Landeshaushalt nach Bundessozialhilfegesetz, für Wohngeld, für Landesblindengeld und für die Kosten bzw. Kostenerstattungen, die aus der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern fällig wurden, von 2000 bis 2005 bzw. 2006 (Soll)?*

Siehe Anlage 6.

32. *Welcher Anteil der Steuereinnahmen inklusive LFA und BEZ ergibt sich aus diesen Zahlungen?*

Siehe Anlage 6.

33. *Wie entwickelten sich die Investitionsausgaben des Landes für die Bereiche Verkehrswege und Verkehrsanlagen, Schulen, Hochschule und Wissenschaft, Förderung der Wirtschaft, Umweltschutz und Polizei von 1991 bis 2005 und 2006 (Soll)?*

Siehe Anlage 7.

34. Wie entwickelten sich die gesamten Ausgaben des Landes für die in der vorgenannten Frage genannten Bereiche?

Siehe Anlage 7.

35. Wie entwickelte sich die Zahl der Landesbediensteten in der Staatskanzlei und in den Ministerien des Landes seit 1991 bis 2006 (Stand zum Zeitpunkt der Beantwortung, gegliedert nach Ressorts)?

Siehe Anlage 8.

Die Zahl der Landesbediensteten richtet sich nach dem mit der Personalausgabenbudgetierung erst ab dem Haushaltsjahr 1997 eingeführten Begriff des „Zahlfalls“, mit dem die individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeiten in Vollzeitstellen umgerechnet werden.

Unberücksichtigt bleiben danach Zahlfälle, deren Stellen zwar im Landeshaushalt veranschlagt sind, die aber aus verschiedenen Gründen nicht aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

Ferner gehen in die Zahlfallermittlungen nicht diejenigen ein, für die in dem entsprechenden Monat kein Grundgehalt bzw. keine Vergütung gezahlt wurde. Zahlungen, die lediglich die Zusatzversorgung beitrags- oder umlagefrei weiterführen oder lediglich das Kindergeld beinhalten, stellen im Rahmen der Personalausgabenbudgetierung keine Zahlfälle mehr dar.

Aus diesen Gründen ist eine nachträgliche Ermittlung der Zahlfälle von 1991 bis 1996 nicht möglich.

36. Welche Ausgaben des Landeshaushaltes entfielen in den Jahren 1991, 1995 sowie 2000 bis 2006 (Soll) auf Presse- und Öffentlichkeitsarbeit?

Ausgaben des Landeshaushalts für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Gruppe 531)

Jahr	Mio. EUR
1990	6,9
1991	5,2
1995	6,6
2000	8,2
2001	6,5
2002	6,3
2003	6,5
2004	4,9
2005	5,1
2006 (Ansatz)	4,6

37. Wie entwickelte sich seit 1991 bis voraussichtlich 2006 die Höhe der Haushaltsreste?

Entwicklung der Haushaltsausgabereste seit 1991 (Nettoreste)			
	„klassische“ Reste Mio. EUR	Ausgabereste „Bonus-/Malussystem“ Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
1991	180,2		180,2
1992	201,8		201,8
1993	249,5		249,5
1994	316,2		316,2
1995	344,6		344,6
1996	293,0		293,0
1997	308,2		308,2
1998	325,1	68,0	393,1
1999	348,5	94,2 *)	442,7
2000	392,1	120,6 *)	512,7
2001	411,2	58,4	469,7
2002	427,2	92,8	520,0
2003	347,2	109,2	456,4
2004	360,5	169,1	529,6
2005	445,2	180,1	625,3
2006		Es ist keine belastbare Prognose möglich.	

\*) = Ausgleichsrücklage.

38. Welches sind für das Haushaltsjahr 2005 die fünf Titel mit den größten Haushaltsresten?

Siehe Anlage 9.

39. Mit welchen Ursachen ist die Entwicklung der Haushaltsreste, besonders bei den umfangreichsten Titeln, im Wesentlichen zu erklären?

Siehe Anlage 9.

40. Woraus setzen sich die laufenden Einnahmen und die laufenden Ausgaben des Landeshaushaltes im Einzelnen zusammen?

Eine Unterscheidung der Einnahmen und Ausgaben in solche laufender Art ist in den haushaltsrechtlichen Regelungen des Landes nicht vorgesehen. Eine entsprechende Betrachtung und Darstellung der Finanzströme, wie sie beispielsweise der Rechnungshof Rheinland-Pfalz in seinen Jahresberichten bei der Beurteilung der Haushaltslage des Landes und ihrer voraussichtlichen Entwicklung gewählt hat, erfolgt insoweit weder für die Aufstellung des Haushaltsplanes noch für die Rechnungslegung.

Lediglich für die Finanzplanung wird eine entsprechende Differenzierung vorgenommen. Danach setzen sich die Einnahmen der laufenden Rechnung aus der Summe der Steuern und EU-Eigenmittel, der steuerähnlichen Abgaben (ohne Münzeinnahmen), der Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, den Zinseinnahmen, den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen, den Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben sowie sonstigen Einnahmen der laufenden Rechnung zusammen.

Bei den Ausgaben der laufenden Rechnung handelt es sich um die Summe der Personalausgaben, den laufenden Sachaufwand, die Zinsausgaben, die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Schuldendiensthilfen.

41. In welchen Jahren inklusive 2006 (Soll) und in welcher Höhe übersteigen seit 1991 die laufenden Ausgaben die laufenden Einnahmen?

Es liegen keine Ist-Zahlen vor (vergleiche Antwort zu Frage Nr. 40).

42. Wie ist das Verhältnis von laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben im Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2007/2008?

Für die Haushaltsjahre 2007/2008 sieht die mittelfristige Finanzplanung nachfolgende Werte vor:

Haushaltsjahr	2007 Entwurf Mio. EUR	2008 Entwurf Mio. EUR
laufende Einnahmen	10 613	10 642
laufende Ausgaben	10 685	10 938
Differenz	- 72	- 296

43. In welchen Jahren von 1991 bis 2006 (voraussichtliches Ist) überstieg um welchen Betrag die jeweilige Neuverschuldung (mit und ohne Landesbetriebe) im Ist die Summe der eigenfinanzierten Investitionen?

Die Neuverschuldung hat nur in den Haushaltsjahren 2002, 2003 und 2004 im Haushaltsvollzug die Summe der eigenfinanzierten Investitionen wie folgt überstiegen:

Haushaltsjahr	mit Landesbetriebe(n) Mio. EUR	ohne Landesbetriebe(n) Mio. EUR
2002	544,7	626,1
2003	315,8	329,7
2004	235,3	241,2

44. In welchem Umfang wurden in den Jahren 1991 bis 2006 Darlehen und Kredite, die das Land ausreicht, als Investitionen veranschlagt?

Jahr	Summe Darlehen an öffentlichen bzw. sonstigen Bereich Mio. EUR
1990	272,9
1991	266,5
1992	303,6
1993	330,2
1994	308,0
1995	316,8
1996	286,6
1997	219,1
1998	126,6
1999	121,8
2000	186,4
2001	169,8
2002	157,0
2003	88,0
2004	302,8
2005	317,4
2006	215,6

45. Welche zusätzliche Vorbelastung künftiger Haushalte durch steigende Pensionsleistungen für Landesbeamte im Ruhestand prognostiziert die Landesregierung für die kommenden zehn Jahre?

Die Aufwendungen für Pensionsleistungen (einschließlich Beihilfe), mit denen der Landeshaushalt belastet wird, werden sich voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Jahr	Versorgungsausgaben *) Mio. EUR
2007	1 153
2008	1 187
2009	1 243
2010	1 301
2011	1 365
2012	1 444
2013	1 540
2014	1 647
2015	1 756
2016	1 866

\*) Prognose schließt die Zuführungen an den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung nach § 14 a BBesG (Gruppe 434) nicht mit ein. Prognose ohne Globalhaushalte und Landesbetriebe.

Der Prognose liegt die voraussichtliche Entwicklung der Anzahl der Versorgungsempfänger sowie die derzeitige Rechtslage zugrunde; künftige lineare Erhöhungen sind nicht berücksichtigt.

46. Wie hoch ist zum Stand Ende 2005 und voraussichtlich 2006 das Vermögen des Pensionsfonds?

Das Vermögen des Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz belief sich Ende 2005 auf 652,9 Mio. EUR. Nach Ablauf des Jahres 2006 wird das Vermögen des Finanzierungsfonds ca. 880 Mio. EUR betragen.

47. Wie hoch sind in 2005 und voraussichtlich in 2006 die Zuführungen aus dem Landeshaushalt und die Zinszahlungen des Landes an den Pensionsfonds?

Die Zuführungen zum Finanzierungsfonds aus dem Landeshaushalt betragen im Jahr 2005 155,1 Mio. EUR. An Zinsen wurden 21,6 Mio. EUR vereinnahmt. Für das Jahr 2006 sind Zuführungen in Höhe von ca. 190,4 Mio. EUR und Zinsen in Höhe von ca. 31,7 Mio. EUR geplant.

## 48. Woraus setzt sich 2005 und voraussichtlich 2006 das Vermögen des Pensionsfonds zusammen?

Das Vermögen des Finanzierungsfonds setzt sich zum 31. Dezember 2005 und 31. Dezember 2006 wie folgt zusammen:

	Stichtag 31. Dezember 2005	Stichtag 31. Dezember 2006 geschätzt
	Mio. EUR	Mio. EUR
Barvermögen	3,3	0,5
Landesschuldverschreibungen	137,7	289,4
Wohnungsbauvermögen	79,5	157,4 *)
Sonstige Forderungen (PLP-KG)	432,5	432,5
<b>Summe</b>	<b>653,0</b>	<b>879,8</b>

\*) Angabe ohne Berücksichtigung von Tilgungsleistungen für 2006.

## 49. Wie werden sich die Einzahlungen in den Pensionsfonds und das Vermögen des Pensionsfonds bis zum Jahr 2030 voraussichtlich entwickeln?

## 50. Ab wann und in welcher Höhe soll der Landeshaushalt zur Finanzierung der Pensionsleistungen nach Auffassung der Landesregierung bzw. nach geltenden Regelungen durch Einnahmen aus dem Pensionsfonds verstärkt werden?

## 51. Wird der Pensionsfonds dann die Mittel für seine Zahlungen an den Landeshaushalt aus laufenden Zinseinnahmen, aus laufenden Zuführungen aus dem Landeshaushalt oder auch aus dem Verkauf oder der Aktivierung seines Vermögens aufbringen?

Der Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz wurde durch Gesetz errichtet, um die Finanzierung der Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter des Landes und der diesen als Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern zu gewährenden Beihilfen, soweit das Beamten- oder Richter Verhältnis nach dem 30. September 1996 begründet worden ist, sicherzustellen.

Zu diesem Zweck werden seit dem 1. Oktober 1996 für jede neu eingestellte Beamtin und Richterin und jeden neu eingestellten Beamten und Richter versicherungsmathematisch berechnete monatliche Zuführungen an den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung – einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts – geleistet. Es gibt unterschiedliche Zuführungssätze für Lehrer und für den Vollzugsdienst, im Übrigen differenziert nach Laufbahngruppen, in Höhe von derzeit durchschnittlich 28 v. H. der jeweiligen Besoldungsausgaben (ab Januar 2007 durchschnittlich rund 35 v. H.). Damit werden für diese – und auch für alle zukünftig eingestellten – Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter die späteren Versorgungskosten in vollem Umfang während ihrer aktiven Dienstzeit vollständig vorfinanziert. Nach der gesetzlichen Regelung erstattet der Finanzierungsfonds dem Land künftig die entsprechenden Haushaltsausgaben.

Ausgaben entstehen für den Finanzierungsfonds demnach erst dann, wenn für den berechtigten Personenkreis der Versorgungsfall eintritt. Derzeit werden erst geringfügige Versorgungsausgaben für den berechtigten Personenkreis gezahlt; der Landeshaushalt wird deshalb – zumindest in den nächsten 20 bis 30 Jahren – keine nennenswerten Erstattungen vom Finanzierungsfonds erhalten.

Die Vermögensentwicklung des Finanzierungsfonds ist abhängig von einer Vielzahl von Faktoren, insbesondere von der Höhe der Zuführungssätze, vom Zinsniveau, von der Anzahl der Neueinstellungen und der Entwicklung des Besoldungs- und Versorgungsrechts. Konkrete und verwertbare Prognosen bis zum Jahr 2030 können daher nicht abgegeben werden.

Mit nennenswerten Verstärkungen des Landeshaushalts aus dem Finanzierungsfonds ist erst mit vermehrtem Eintritt von Versorgungsfällen des berechtigten Personenkreises, der erstmals nach 1996 eingestellt wurde, zu rechnen. Derzeit werden – in Einzelfällen – nur geringfügige Versorgungsausgaben für den berechtigten Personenkreis geleistet.

Aufgrund der geringen Höhe der auf absehbare Zeit zu entrichtenden Versorgungsausgaben können die Zahlungen an den Landeshaushalt aus den laufenden monatlichen Zuführungen aus dem Landeshaushalt entrichtet werden.

Der Finanzierungsfonds hat aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung seit seiner Errichtung bis zum 31. Dezember 2005 dem Landeshaushalt insgesamt rund 2,0 Mio. EUR an Versorgungsausgaben und Beihilfeleistungen erstattet. Die Zuführungen des Landes zum Finanzierungsfonds betragen derzeit monatlich ca. 16 Mio. EUR. Ein zukünftiger Rückgriff auf Fondsvermögen oder laufende Zinseinnahmen zur Deckung der laufenden Ausgaben ist daher derzeit nicht absehbar.

## 52. Welche Zinserträge erzielte der Pensionsfonds in den Jahren 2005 und voraussichtlich 2006 aus der Anlage seines Vermögens aus den Zuwendungen des Landes?

Der Finanzierungsfonds erzielte im Jahr 2005 aus den Zuwendungen des Landes Zinseinnahmen in Höhe von 21,6 Mio. EUR. Für das Jahr 2006 werden Zinseinnahmen in Höhe von rund 31,7 Mio. EUR erwartet.

53. *Wie hoch waren im Jahr 2005 und voraussichtlich 2006 die Zinszahlungen, die das Land für die Kreditsumme leistete, die seinen bisherigen Zahlungen an den Pensionsfonds entspricht?*

Die Höhe der Zinszahlungen, die das Land für Kredite aufwendet, ist – wegen der sich ändernden Marktbedingungen – wesentlich davon abhängig, zu welchem Zeitpunkt eine Kreditaufnahme erfolgt. Die Verzinsung, die der Finanzierungsfonds für die Anlage seines Vermögens vom Land erhält, entspricht den Konditionen des Landes am Kapitalmarkt für aufgenommene Kredite.

Prof. Dr. Ingolf Deubel  
Staatsminister

Anlage 1

Zu Frage 19

Guv-Position / Geschäftsjahr	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zinsentzüge	2.963	12.016	28.958	48.275	56.793	63.301	42.981
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	0	3.129	3.946	12	2	0	0
Provisionsabräge	0	3.214	3.140	4.778	4.447	4.722	5.229
Sonstige betriebliche Erträge	1	36	109	522	2.302	541	3.475
Erträge aus Zuschreibungen zu Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	0	0	61	0	1.544	1.419
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen an verbundenen Unternehmen und wie Anlageerträgen behandelten Wertpapieren	0	0	5.143	3.543	365	23	0
<b>Erträge gesamt</b>	<b>2.963</b>	<b>18.394</b>	<b>39.290</b>	<b>55.193</b>	<b>63.915</b>	<b>70.130</b>	<b>53.083</b>
Zinsaufwendungen	1	4.470	21.677	34.310	43.315	49.087	29.063
Provisionsaufwendungen	0	0	1	0	0	0	0
Allgemeine Verwaltungskosten	527	5.996	7.002	7.536	6.706	9.526	10.290
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagevermögen und Sachanlagen	132	318	394	497	462	598	650
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	16	3.100	6.287	7.537	7.333	9.306
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	596	2.409	0	269	0	0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen an verbundenen Unternehmen und wie Anlageerträgen behandelte Wertpapiere	0	6.374	0	0	0	0	104
Aufwendungen aus Verlustübernahmen Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
<b>Aufwendungen gesamt</b>	<b>660</b>	<b>10.058</b>	<b>34.578</b>	<b>48.611</b>	<b>60.264</b>	<b>66.546</b>	<b>49.453</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.303</b>	<b>8.336</b>	<b>4.712</b>	<b>6.582</b>	<b>3.651</b>	<b>3.584</b>	<b>3.630</b>
<b>Verwendung des Jahresüberschusses</b>	Einstellung in Gewinnrücklagen	Einstellung in Gewinnrücklagen	Einstellung in Gewinnrücklagen	Einstellung in Gewinnrücklagen	Einstellung in Gewinnrücklagen	Einstellung in Gewinnrücklagen	Einstellung in Gewinnrücklagen (Tsd. EUR 1.585) und Zuführung zum Sonderhaftungs fonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind (Tsd. EUR 2.045)

GUV-Position / Geschäftsjahr	2000 Tsd. EUR	2001 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 Tsd. EUR
Zinserträge	52.537	56.065	42.752	36.264	38.681	46.590
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	0	76	143	264	234	2.552
Provisionserträge	5.180	4.821	4.443	4.705	4.766	5.314
Sonstige betriebliche Erträge	801	2.215	5.393	4.159	2.801	1.559
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	500	817	2.214	671	0	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0	189	0	0	0	240
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>59.829</b>	<b>63.271</b>	<b>55.845</b>	<b>46.083</b>	<b>46.674</b>	<b>55.265</b>
Zinsaufwendungen	36.633	40.179	31.175	26.502	26.542	37.002
Provisionaufwendungen	0	0	0	0	0	0
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	10.670	11.996	11.663	12.337	12.431	12.849
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagevermögen und Sachanlagen	697	853	942	1.137	921	906
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.899	6.368	7.368	219	222	231
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	0	0	0	273	1.039
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	33	0	822	2.757	279	0
Aufwendungen aus Verlustabnahmen	60	119	0	0	0	16
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	1	0	1
<b>Aufwendungen gesamt</b>	<b>55.193</b>	<b>59.515</b>	<b>52.058</b>	<b>42.953</b>	<b>42.668</b>	<b>52.048</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>3.636</b>	<b>3.756</b>	<b>3.877</b>	<b>3.130</b>	<b>4.006</b>	<b>3.217</b>
<b>Verwendung des Jahresüberschusses</b>	Einstellung in Gewinnrücklagen (Tsd. EUR 1.334) und Zuführung zum Sonderhaltungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind (Tsd. EUR 2.301)	Zuführung zum Sonderhaltungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind	Zuführung zum Sonderhaltungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind	Einstellung in Gewinnrücklagen (Tsd. EUR 1.212) und Zuführung zum Sonderhaltungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind (Tsd. EUR 1.916)	Einstellung in Gewinnrücklagen (Tsd. EUR 825) und Zuführung zum Sonderhaltungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind	Zuführung zum Sonderhaltungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind

## Anlage 2

## Zu den Fragen 20 und 21

Nr.	Einrichtung <sup>1)</sup>	Zeitpunkt des Übergangs	Frage 20		Frage 21			
			Anzahl Personalstellen <sup>2)</sup>	entsprech. Personalausgaben <sup>3)</sup>	Investitionen	allg. Verwaltungsausgaben	Zuwendungen	Ausgabeveränderung insgesamt
				Mio. EUR	EUR			
1	Kommunalisierung der Kreisverwaltungen <sup>4)</sup>	1995	471,00	20,9			36.152.854	15.270.569
2	Daten- und Informationszentrum Rheinland-Pfalz (DIZ)	1996	165,75	7,2	-38.296	-11.402.371	14.322.297	-4.312.579
3	Kommunalisierung der Gesundheitsämter <sup>5)</sup>	1997	606,50	28,0	-322.114	-3.090.350	33.639.274	2.183.166
4	Landesbetrieb Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz	1998	103,50	6,7	-23.296	-607.802	7.127.198	-240.891
5	Landesbetrieb Staatsorchester Rheinische Philharmonie	1998	85,00	4,1	-26.397	-201.477	2.925.030	-1.369.759
6	Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) <sup>6)</sup>	1998	1.299,50	66,0	-81.857.830	31.692.437	65.445.361	-50.670.702
7	Landessprachheilzentrum, Kinderneurolog. Zentrum, Reha-Klinik Bad Münster am Stein-Ebernburg	2000	164,25	6,9	-102.258	-1.608.524	-70.252	-8.726.627
8	Landesbetrieb Straßen und Verkehr (LSV) <sup>7)</sup>	2002	1.097,00	108,5	-87.039.216	76.497.518	22.374.634	-96.667.064
9	Landesbetrieb Landesforsten Rheinland-Pfalz	2002	1.420,50	112,6	-5.331.800	-29.641.900	85.961.900	-61.639.400
10	Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Globalhaushalt) <sup>8)</sup>	2005	2.867,50	167,8	-5.766.200	-39.957.400	174.935.300	-38.588.300

Anmerkungen

<sup>1)</sup> Die Ausgliederung der LNK Alzey erfolgte 1978, die der LNK Andernach 1980, die Unikliniken wurden 1978 in ein Sondervermögen und 1980 in einen Landesbetrieb überführt. Die Stellen wurden erst 1998 aus den Stellenplänen des Landes umgesetzt.

<sup>2)</sup> Zahl der Plan-/Stellen (in Vollzeit).

<sup>3)</sup> Plan-Zahlen zum Zeitpunkt der Ausgliederung. Personalausgaben der Hauptgruppe 4.

<sup>4)</sup> Insofern verweise auf meine Antwort zur Frage 1 der Kleinen Anfrage 2625 (Drucksache 13/5051):  
Durch Artikel 7 Abs. 6 des Landesgesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 5. Oktober 1993 (GVBl. S. 481) wurden die Aufgaben, die nach den bisherigen Bestimmungen der Kreisverwaltung als untere Behörde der allgemeinen Landesverwaltung übertragen waren, in Auftragsangelegenheiten der Landkreise umgewandelt; ausgenommen hiervon wurden die in § 55 Abs. 2 LKO bezeichneten Angelegenheiten. Gemäß Artikel 7 Abs. 9 dieses Gesetzes sind die Landkreise verpflichtet worden, die bisher für die Aufgaben der Kreisverwaltung als untere Behörde der allgemeinen Landesverwaltung vom Land gestellten Beamten und Angestellten mit deren Zustimmung zum 1. Januar 1995 in ihren Dienst zu übernehmen.  
Zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des vorgenannten Gesetzes (1. Januar 1995) haben sich von den bei den Landkreisen tätigen 725 Landesbeamten und Angestellten 471 kommunalisieren lassen. Für diesen Personenkreis und die danach ausgeschiedenen Landesbeamten und Angestellten wird den Landkreisen nach Maßgabe des Artikels 7 Abs. 10 des vorgenannten Gesetzes eine Personalkostenersatzung gewährt, die bei Kapitel 03 05 Titel 633 07 nachgewiesen wird.

<sup>5)</sup> Ansatzänderungen einschließlich Genetischer Beratungsstelle, die betragsmäßig von untergeordneter Bedeutung ist.

<sup>6)</sup> Der Landesbetrieb wurde tatsächlich 1999 außerhalb des Landeshaushalts geführt.

<sup>7)</sup> Hier sind nur die im Kapitel 08 06 erfassten "stellenplangebundenen" Stellen berücksichtigt.

<sup>8)</sup> Die Stellen der Uni Mainz (Globalhaushalt) werden weiterhin in den Stellenplänen der HGr. 4 geführt.

Anlage 3

Zu Frage 25

**Steuereinnahmen der Flächenländer in Euro je Einwohner**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schleswig-Holstein	1.492	1.805	1.675	1.730	1.817	1.784	1.782	1.874	1.880	1.853	1.830	1.733	1.827	1.715	1.778	1.795
Niedersachsen	1.483	1.586	1.584	1.611	1.684	1.706	1.676	1.737	1.790	1.844	1.779	1.851	1.881	1.747	1.784	1.775
Hessen	1.768	1.855	2.012	1.943	1.921	2.060	1.989	2.170	2.374	2.475	2.320	2.172	2.196	2.128	2.153	2.242
Rheinland-Pfalz	1.467	1.551	1.575	1.554	1.658	1.676	1.632	1.700	1.807	1.802	1.702	1.859	1.706	1.770	1.786	1.868
Baden-Württemberg	1.792	1.842	1.864	1.786	1.890	1.915	1.869	2.031	2.135	2.190	2.089	2.004	2.060	2.083	2.071	2.109
Bayern	1.658	1.739	1.787	1.830	1.866	1.918	1.911	2.007	2.101	2.189	2.071	2.048	2.019	2.085	2.063	2.098
Saarland	1.435	1.549	1.586	1.557	1.581	1.647	1.630	1.685	1.773	1.852	1.765	1.807	1.662	1.657	1.763	1.786
Nordrhein-Westfalen	1.648	1.781	1.769	1.753	1.872	1.895	1.858	1.952	2.048	2.100	1.866	1.989	1.848	1.877	1.921	1.952
Brandenburg	569	791	890	1.075	1.765	1.607	1.685	1.889	1.808	1.856	1.800	1.842	1.862	1.773	1.689	1.750
Mecklenburg-Vorpommern	526	827	886	1.031	1.638	1.634	1.661	1.706	1.783	1.841	1.794	1.661	1.635	1.739	1.672	1.729
Sachsen	571	795	893	1.082	1.697	1.634	1.662	1.706	1.792	1.833	1.806	1.856	1.710	1.708	1.666	1.777
Sachsen-Anhalt	587	762	855	1.039	1.617	1.661	1.635	1.750	1.795	1.807	1.810	1.861	1.650	1.742	1.707	1.775
Thüringen	539	829	842	1.005	1.643	1.618	1.644	1.710	1.791	1.839	1.816	1.847	1.684	1.719	1.663	1.729

**Steuereinnahmen, LFA und BEZ der Flächenländer in Euro je Einwohner<sup>1)</sup>**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schleswig-Holstein	1.660	1.767	1.840	1.836	1.854	1.870	1.844	1.936	1.993	2.068	1.955	1.824	1.865	1.867	1.857	1.870
Niedersachsen	1.731	1.767	1.757	1.769	1.775	1.829	1.809	1.907	1.963	2.050	2.018	1.803	1.824	1.854	1.832	1.823
Hessen	1.677	1.819	1.813	1.773	1.767	1.784	1.728	1.889	1.964	2.011	1.888	1.837	1.901	1.879	1.892	2.242
Rheinland-Pfalz	1.622	1.752	1.788	1.755	1.812	1.853	1.815	1.863	1.990	2.073	1.956	1.843	1.915	1.914	1.893	1.989
Baden-Württemberg	1.643	1.746	1.818	1.785	1.752	1.776	1.780	1.879	1.962	2.005	1.871	1.833	1.886	1.883	1.865	2.109
Bayern	1.656	1.744	1.791	1.818	1.742	1.802	1.779	1.877	1.973	2.028	1.897	1.861	1.876	1.900	1.904	2.098
Saarland	1.915	1.859	2.025	2.683	2.627	2.699	2.706	2.740	2.869	2.729	2.562	2.260	2.218	2.185	1.982	2.010
Nordrhein-Westfalen	1.647	1.781	1.765	1.751	1.784	1.815	1.759	1.856	1.975	2.053	1.808	1.960	1.810	1.865	1.894	1.952
Brandenburg	569	791	890	1.075	2.411	2.328	2.399	2.407	2.559	2.628	2.564	2.529	2.564	2.602	2.689	2.758
Mecklenburg-Vorpommern	526	827	886	1.031	2.411	2.416	2.463	2.512	2.623	2.695	2.654	2.662	2.681	2.763	2.776	2.812
Sachsen	571	785	893	1.082	2.332	2.365	2.382	2.439	2.559	2.630	2.605	2.603	2.644	2.661	2.714	2.814
Sachsen-Anhalt	587	762	855	1.039	2.360	2.424	2.412	2.521	2.599	2.647	2.656	2.641	2.627	2.747	2.795	2.862
Thüringen	539	829	842	1.005	2.393	2.379	2.422	2.496	2.609	2.672	2.651	2.617	2.761	2.709	2.741	2.913

Quelle: BMF Finanzbericht und BMF-VAK Länderhaushalte

<sup>1)</sup> Zahlungen aus LFA und BEZ an die Neuen Länder sind ab 1995 (Beginn Solidarität) nachgewiesen.

## Anlage 4

Zu den Fragen 27 und 29

Haushaltsjahr	Zweckgebundene Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln	Zweckgebundene Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln im Verhältnis zu den Steuereinnahmen inkl. LFA und BEZ
	Mio. EUR	v. H.
1991	1 069	17,4
1992	1 122	16,6
1993	1 081	15,5
1994	1 056	15,3
1995	1 064	14,8
1996	1 259	17,1
1997	1 208	16,6
1998	1 158	15,5
1999	1 123	14,0
2000	1 113	13,3
2001	1 162	14,7
2002	1 139	15,3
2003	1 197	15,4
2004	1 234	15,8
2005	1 081	14,1
2006 – Ansatz	1 120	13,9

## Anlage 5

Zu Frage 28

Haushaltsjahr	Bundeszuweisung	Landesanteil	Ist-Ausgabe (Summe)	bereinigte Gesamtausgaben	Verhältnis Landesanteil/ Gesamtausgaben
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	v. H.
1991	250,0	335,9	585,9	8 733,2	3,8
1992	258,7	297,2	555,9	9 234,2	3,2
1993	230,5	271,3	501,9	9 655,4	2,8
1994	197,5	252,9	450,5	9 781,7	2,6
1995	179,2	253,6	432,8	10 159,2	2,5
1996	173,6	269,4	442,9	10 817,7	2,5
1997	160,0	219,9	379,9	10 691,6	2,1
1998	121,9	234,7	356,6	10 789,9	2,2
1999	125,1	174,1	299,2	10 929,6	1,6
2000	112,4	188,3	300,7	11 075,7	1,7
2001	113,7	153,0	266,7	11 298,6	1,4
2002	116,0	127,4	243,4	11 278,5	1,1
2003	97,3	143,8	241,1	11 576,1	1,2
2004	107,9	169,6	277,2	11 527,3	1,5
2005	105,3	145,3	250,6	11 469,6	1,3

Anmerkungen:  
Für das Haushaltsjahr 2006 liegen noch keine Daten vor.

## Anlage 6

Zu den Fragen 31 und 32

Haushalts- jahr	BSHG	Wohn- geld	Landes- blinden- geld	Asylsuchende und Flüchtlinge <sup>3)</sup>	Summe	Steuern, LFA, BEZ	Verhältnis der Netto- ausgaben zu Steuern inkl. LFA und BEZ
	Nettoausgaben Mio. EUR					Mio. EUR	v. H.
2000	284	59	20	71	434	8 351	5,2
2001	298	69	20	56	443	7 905	5,6
2002	301	78	21	49	449	7 466	6,0
2003 <sup>1)</sup>	297	84	21	44	446	7 768	5,7
2004 <sup>2)</sup>	332	90	20	40	482	7 784	6,2
2005	336	26	20	27	408	7 665	5,3
2006	335	21	21	44	420	8 075	5,2

1) BSHG: Ist-Ergebnis unter Berücksichtigung der Delegation von Sozialhilfaufgaben (Regionalisierung 1. Stufe).

2) BSHG: Ergebnis unter Berücksichtigung weiterer Delegation von Sozialhilfaufgaben (Regionalisierung 2. Stufe).

3) Zur Ermittlung der Nettoausgaben wurden Erstattungszahlungen nach dem Landesaufnahmegesetz sowie Kostenerstattungen für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina abgesetzt.

## Anlage 7

Zu den Fragen 33 und 34

Investitionen und Gesamtausgaben für bestimmte Bereiche:

Haushaltsjahr	Verkehrswege und Verkehrs- anlagen	Schulen, Hoch- schulen und Wissenschaft	Förderung der Wirtschaft	Umweltschutz	Polizei
	EUR				
<b>1991</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	223 417 774	191 906 284	95 648 449	174 086 304	9 565 635
Gesamtausgaben	348 709 358	1 982 789 543	106 469 518	263 062 742	332 732 957
<b>1992</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	284 663 799	180 055 402	140 995 262	165 356 335	8 262 711
Gesamtausgaben	409 630 565	2 034 177 378	166 574 640	253 434 774	357 789 088
<b>1993</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	297 074 725	134 243 520	114 795 289	159 650 661	7 752 324
Gesamtausgaben	424 031 070	2 096 632 207	140 792 414	259 579 402	368 193 669
<b>1994</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	263 384 027	139 613 189	66 610 330	126 054 793	7 045 032
Gesamtausgaben	392 274 124	2 167 540 384	96 037 171	220 168 574	381 169 528
<b>1995</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	277 835 957	145 366 026	76 670 378	159 392 650	7 164 436
Gesamtausgaben	411 139 577	2 269 571 465	114 988 652	387 808 568	403 555 578
<b>1996</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	269 529 250	182 063 398	123 946 374	194 902 161	15 531 131
Gesamtausgaben	420 562 391	2 799 478 231	169 463 918	445 934 222	547 863 053
<b>1997</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	250 572 440	175 208 820	100 861 767	133 532 479	12 915 306
Gesamtausgaben	402 962 523	2 913 404 414	141 050 452	386 068 461	560 086 990
<b>1998</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	229 547 361	198 662 698	83 136 692	130 521 284	22 166 076
Gesamtausgaben	381 028 355	2 995 793 135	104 220 258	381 461 705	585 557 060
<b>1999</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	212 545 604	202 780 084	90 290 926	126 294 326	27 782 824
Gesamtausgaben	372 287 363	3 061 406 178	128 000 814	381 316 451	599 305 734
<b>2000</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	245 603 084	182 337 954	96 475 915	143 056 111	24 597 140
Gesamtausgaben	400 020 070	3 158 132 725	138 545 688	395 593 447	493 201 484
<b>2001</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	224 773 626	196 962 081	83 928 276	144 966 722	28 320 963
Gesamtausgaben	377 992 533	3 276 474 938	123 365 622	420 884 773	518 776 339
<b>2002</b>					
Investitionen (HGr 7,8)	127 825 446	167 160 124	76 809 470	122 139 645	18 137 797
Gesamtausgaben	273 286 912	3 461 510 696	96 832 272	341 282 694	544 334 997
<b>2003</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	73 688 297	171 914 118	84 733 879	106 385 338	10 228 122
Gesamtausgaben	192 814 151	3 567 199 637	103 842 886	353 354 380	525 332 653
<b>2004</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	154 438 828	169 223 529	68 660 175	109 274 111	13 464 440
Gesamtausgaben	389 973 935	3 586 568 774	93 010 422	357 707 378	525 848 704
<b>2005</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	146 021 633	198 127 051	55 797 369	99 102 789	16 731 070
Gesamtausgaben	404 326 408	3 612 909 884	82 791 150	347 040 737	543 835 188
<b>2006 (Ansatz)</b>					
Investitionen (HGr 7, 8)	157 207 800	237 666 300	76 618 400	87 213 200	12 657 500
Gesamtausgaben	436 443 200	3 735 645 545	103 015 100	339 676 400	543 892 600

## Anlage 8

## Zu Frage 35

Entwicklung der Zahlfälle in der Staatskanzlei und den Ministerien <sup>1)</sup>										
Kapitel	Jahr									
	1997	1998	1999	2000	2001	2002 <sup>3)</sup>	2003 <sup>3)</sup>	2004	2005	2006 <sup>3)</sup> September
	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>	Anzahl in VZ <sup>2)</sup>
02 01	133	137	136	137	138	145	153	151	152	141
03 01	437	439	427	422	420	429	432	438	433	439
04 01	223	217	220	225	217	209	207	207	209	208
05 01	144	144	147	147	146	147	136	129	127	125
06 01	150	152	148	142	140	158	159	161	164	176
08 01	387	386	374	362	355	349	347	353	357	360
09 01	132	130	128	130	136	146	155	152	157	167
14 01	211	214	213	211	219	227	227	227	228	235
15 01	212	215	211	211	200	183	181	181	184	195
<b>Gesamt</b>	<b>2 029</b>	<b>2 032</b>	<b>2 006</b>	<b>1 987</b>	<b>1 971</b>	<b>1 994</b>	<b>1 996</b>	<b>2 000</b>	<b>2 011</b>	<b>2 046</b>

Anmerkungen:

1) Quelle: OFD Koblenz – ZBV –.

2) Jahresdurchschnittliche Zahlfälle der Gruppen 422, 425 und 426, die in Vollzeit umgerechnet und gerundet wurden.  
Unter Einrechnung der Beschäftigungsmöglichkeiten für teilzeitbeschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter.  
Zahlfallermittlung ohne Berücksichtigung der Altersteilzeit für Beamtinnen/Beamte, Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter; die Beschäftigten, die in Altersteilzeit – Blockmodell – gehen, werden bis zum Beginn ihrer Freistellungsphase aufgrund des reduzierten Grundgehalts bzw. der Grundvergütung nur noch mit der Hälfte des bisherigen Vollzeitanteils erfasst. Da Mitarbeiter/-innen im Blockmodell in der Arbeitsphase zeitlich unverändert ihren Dienst verrichten, müsste eine entsprechende Hinzurechnung der Vollzeitanteile erfolgen. Sobald Mitarbeiter/-innen im Blockmodell in die Freistellungsphase wechseln, müsste der hier ausgewiesene Vollzeitanteil auf null reduziert werden.

3) Unter Berücksichtigung der Auswirkungen aufgrund der Organisationsänderung der Landesregierung.

## Anlage 9

## Zu den Fragen 38 und 39

## Größte gebildete Ausgabenreste 2005

Kapitel	Titel	Betrag	Zweckbestimmung	Begründung
12 25	863 71	63,4 Mio. EUR	Baudarlehen und Aufwendungsdarlehen	Die Fördermittel für den Wohnungsbau wurden durch die Bauherren abhängig vom jeweiligen Bauablauf und von der Zinsentwicklung abgerufen. Hinzu kam, dass die vorjährigen Programme nicht voll ausgeschöpft wurden und sich somit das Ausgabevolumen der Folgejahre verringerte.
20 02	461 01	37,6 Mio. EUR	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	
08 11	637 12	30,0 Mio. EUR	Finanzzuweisungen an die Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs nach § 10 Abs. 2 NVG	Der Mittelbedarf der Zweckverbände wird wesentlich durch den Finanzierungsbedarf für die mit der DB Regio AG vereinbarten SPNV-Leistungen bestimmt, die mit erheblichem zeitlichen Vorlauf bestellt werden müssen und kurzfristig nicht veränderbar sind.
08 77	883 72	27,9 Mio. EUR	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände und andere Träger unter Berücksichtigung des EU-Strukturfonds	Es handelt sich u. a. um komplementäre FAG-Mittel, die zur Durchführung des EU-Programms Ziel 2 eingesetzt werden. Das rheinland-pfälzische Ziel-2-Programm wurde von der EU mit eineinhalbjähriger Verzögerung genehmigt, so dass sich auch die Durchführung des Programms und der Mittelabfluss zeitlich nach hinten verlagerten.
12 15	791 01	26,5 Mio. EUR	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes für Maßnahmen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz	Im Gegensatz zu anderen Ausgaben, wie z. B. Personal- und Sachausgaben, erstreckt sich die Finanzierung von Baumaßnahmen in der Regel über mehrere Jahre. Der Mittelabfluss in den einzelnen Haushaltsjahren lässt sich aufgrund unterschiedlicher Faktoren (z. B. Witterungseinflüsse, Feststellung und Beseitigung von Schadstoffen während der Bauzeit, verspätete Rechnungsstellung der Bauunternehmen u. a.) nur schwer schätzen. Diese Faktoren haben jedoch Verzögerungen im Mittelabfluss über die gesamte Bauzeit zur Folge.